

StOAR Idel erläutert die defizitäre Haushaltslage u.a. durch den Beschluss vom 09.01.2024 die Hebesätze nicht in dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Maße anzuheben, konnte kein Haushaltsausgleich erreicht werden.

Der Landkreis Friesland besteht daher auf ein Haushaltssicherungskonzept, da er ansonsten gegenüber dem Innenministerium haftbar wäre.

RM Ottens begründet die niedrigere Steuererhöhung dadurch, dass es aus Sicht seiner Fraktion den BürgerInnen nicht zumutbar gewesen wäre diese höher anzusetzen. Er weist darauf hin, dass auch der Landkreis Friesland selbst keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnte. Gerade im Bereich der Einführung von Ganztagschulen wird es noch zu finanziellen Engpässen für die Kommunen kommen, da dies zwar vom Land Niedersachsen gewünscht aber nicht finanziell unterstützt wird. Das Haushaltssicherungskonzept wird eng mit der Verwaltung erarbeitet werden.

RM Kasig schließt sich dem an und betont, dass es so mit der finanziellen Unterstützung der Kommunen nicht weitergehen kann. Der Landkreis Friesland wird zum Antragssteller beim Land gemacht aber gleichzeitig auch zum Mahner gegenüber den Kommunen.

Er findet Investitionen in die Zukunft wichtig und unterstützt die Bürgerenergiegenossenschaft. Bezüglich der Ganztagsbetreuung ergänzt er, dass u.a. für die Umsetzung in der Grundschule in Roffhausen viel Geld in die Hand genommen werden muss.

RM Striegl geht auf den Feuerwehrbedarfsplan ein, der vom Rat beschlossen wurde und auf weitere Investitionen, wie in die Ganztagsbetreuung für Grundschulen, Sanierung von Turnhallen, Spielplätzen, Radwegen etc.. Er schlägt vor, eine von möglichst allen Fraktionen getragene Resolution beim Land Niedersachsen einzureichen, damit die Kommunen im Länderfinanzausgleich besser ausgestattet werden.

Bürgermeister Böhling stellt anhand eines Beispiels die Situation dar. Es gibt demnächst eine gesetzliche Verpflichtung neue Feuerwehruniformen zu beschaffen. Die Kosten dafür müssen die Kommunen tragen. Allerdings gibt es in Niedersachsen das Konnexitätsprinzip nachdem das Land Niedersachsen in diesem Fall für einen finanziellen Ausgleich sorgen müsste.

RM Ottens widerspricht der Forderung von RM Striegl und ist der Auffassung das eine Resolution nichts bringt. Er bittet die Verwaltung rechtlich prüfen zu lassen, ob eine Neuanschaffung der Uniformen abgelehnt werden kann.

Der Ausschuss verständigt sich, auch auf Anregung der Verwaltung, dass bis zur nächsten Ratssitzung ein Konzept sowie weitere Informationen zu einem genehmigungsfähigen Haushalt vorgestellt werden.